
659/J XXII. GP

Eingelangt am 10.07.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

**der Abgeordneten Jakob Auer, Mag Donnerbauer
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Feuerschutzsteuer**

Die Freiwilligen Feuerwehren, die Tag und Nacht zum Wohle ihrer Mitbürger bereitstehen, finanzieren sich neben Spenden, Eigenleistungen der Feuerwehren, Beiträge der Gemeinden vor allem durch die Feuerschutzsteuer.

Diese Feuerschutzsteuer wird vom Prämienaufkommen von Feuerversicherungsprämien in Höhe von 8 % des Versicherungsentgeltes berechnet. Dieser Prozentsatz wurde seit über 15 Jahren nicht mehr erhöht.

Die Kosten der zahlreichen Anschaffungen für die Gerätschaften sind stetig im Steigen. Die notwendigen finanziellen Ressourcen der Feuerwehren können nur noch durch die Spendenfreudigkeit der Bevölkerung abgedeckt werden.

Wie unerlässlich bestens ausgebildetes Personal, moderne Ausrüstung und Geräte für den Notfall sind, zeigte unter anderem die Hochwasserkatastrophe des Vorjahres.

Für die Budgeterstellung für das kommende Jahr brauchen die Feuerwehren aussagekräftige Unterlagen über die zu erwartenden Einnahmen aus dieser Steuer.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage:

- 1) Ist es unmittelbar nach dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und zum Europäischen Wirtschaftsraum zu einem Absinken des Aufkommens der Feuerschutzsteuer gekommen?
- 2) Wie hat sich das Aufkommen der Feuerschutzsteuer in den letzten fünf Jahren entwickelt und in welchem Verhältnis steht es zum Aufkommen vor dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und zum Europäischen Wirtschaftsraum?
- 3) Wie erfolgt die Aufteilung auf die einzelnen Bundesländer?
- 4) Wie schätzen Sie das Prämienaufkommen der für die Feuerschutzsteuer relevanten Feuerversicherungsprämien in den nächsten Jahren ein?

- 5) In welcher Höhe wurden Mittel aus dem Katastrophenfonds in den letzten fünf Jahren, aufgeteilt auf die einzelnen Bundesländer, für Spezialaufgaben der Feuerwehren zur Verfügung gestellt.